

Antrag 90/I/2020**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Leave no one behind – Europäisch, Solidarisch, Menschlich!**

1 Seit Jahren spielt sich eine humanitäre Katastrophe ab:
 2 Die europäische Asylpolitik! Eine Polizei, die Menschen,
 3 die vor Flucht, Hunger und Vertreibung fliehen, zusam-
 4 menschlägt. Europäische Länder, die ihre Grenzen schlie-
 5 ßen, um Menschen den Wunsch auf Frieden und Sicher-
 6 heit zu verwehren. Regierungen, die um die Aufnahme je-
 7 des Fluchtsuchenden unsolidarisch feilschen.

8
 9 Dann Oktober 2015 – Auf einer Insel vor der Küste Grie-
 10 chenlands entsteht das größte Flüchtlingslager in Europa
 11 seit dem Mauerfall. 19.000 Menschen leben hier unter un-
 12 menschlichen Bedingungen: Mangelnde Versorgung, de-
 13 saströse hygienische Bedingungen und Gewalt. Moria war
 14 bereits vor der Corona- Zeit Ort tiefer Besorgnis.

15
 16 Das sich mit Corona die ohnehin schon besorgniserregen-
 17 de Situation noch weiter verschlimmert hat, braucht nicht
 18 weiter ausgeführt werden.

19
 20 So verwundert es auch nicht, dass neben Ärzte ohne Gren-
 21 zen noch 16 weitere NGOs eine sofortige Evakuierung des
 22 Lagers fordern. Die Reaktion der griechischen Regierung
 23 ist eine andere: Gerade einmal 500 der 19.000 Menschen
 24 wurden seit Mai aus dem Lager evakuiert. Weiterhin sol-
 25 len die minderjährigen Geflüchteten zwar Asyl erhalten
 26 und können so innerhalb von zwei bis vier Wochen die La-
 27 ger verlassen, jedoch müssen sie sofort eine Unterkunft
 28 und Arbeit finden, um sich selbst finanzieren zu können.
 29 Unfassbar, wenn man bedenkt, dass es sich um Minder-
 30 jährige handelt, die die geforderten Sprachen größtenteils
 31 nicht beherrschen, psychisch geschädigt sind und drin-
 32 gend medizinische Versorgung benötigen. Natürlich be-
 33 deutet dies für viele der Weg in die Obdachlosigkeit, ille-
 34 galer Arbeit oder Prostitution.

35
 36 **Und die deutsche Bundesregierung?**

37 Berlin hat angekündigt 300 Menschen aufnehmen zu
 38 wollen - Thüringen will weitere 500 unbegleitete Ge-
 39 flüchtete aufnehmen. Alles scheitert an einer Person:
 40 Horst Seehofer. Sein Vetorecht zu den Landesaufnahme-
 41 programmen begründet er dabei mit einem „bundes-
 42 einheitlichen Handeln“. Er verweist damit auf Paragraph
 43 23 des Aufenthaltsgesetzes, wonach das “Einvernehmen”
 44 des Ministeriums bei Landesaufnahmeprogrammen nö-
 45 tigt ist, um die „Wahrung der Bundeseinheitlichkeit“ her-
 46 zustellen. Zurecht bezeichnen viele Politiker*innen dieses
 47 Vorgehen als Skandal. Denn was soll hier gewahrt blei-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Kein Konsens)****Die SPD Bundestagsfraktion, die sozialdemokratischen Minister*innen, der Parteivorstand werden aufgefordert:**

Seit Jahren spielt sich eine humanitäre Katastrophe ab:
 Die europäische Asylpolitik! Eine Polizei, die Menschen,
 die vor Flucht, Hunger und Vertreibung fliehen, zusam-
 menschlägt. Europäische Länder, die ihre Grenzen schlie-
 ßen, um Menschen den Wunsch auf Frieden und Sicher-
 heit zu verwehren. Regierungen, die um die Aufnahme je-
 des Fluchtsuchenden unsolidarisch feilschen.

Dann Oktober 2015 – Auf einer Insel vor der Küste Grie-
 chenlands entsteht das größte Flüchtlingslager in Europa
 seit dem Mauerfall. 19.000 Menschen leben hier unter un-
 menschlichen Bedingungen: Mangelnde Versorgung, de-
 saströse hygienische Bedingungen und Gewalt. Moria war
 bereits vor der Corona- Zeit Ort tiefer Besorgnis.

Das sich mit Corona die ohnehin schon besorgniserregen-
 de Situation noch weiter verschlimmert hat, braucht nicht
 weiter ausgeführt werden.

So verwundert es auch nicht, dass neben Ärzte ohne Gren-
 zen noch 16 weitere NGOs eine sofortige Evakuierung des
 Lagers fordern. Die Reaktion der griechischen Regierung
 ist eine andere: Gerade einmal 500 der 19.000 Menschen
 wurden seit Mai aus dem Lager evakuiert. Weiterhin sol-
 len die minderjährigen Geflüchteten zwar Asyl erhalten
 und können so innerhalb von zwei bis vier Wochen die La-
 ger verlassen, jedoch müssen sie sofort eine Unterkunft
 und Arbeit finden, um sich selbst finanzieren zu können.
 Unfassbar, wenn man bedenkt, dass es sich um Minder-
 jährige handelt, die die geforderten Sprachen größtenteils
 nicht beherrschen, psychisch geschädigt sind und drin-
 gend medizinische Versorgung benötigen. Natürlich be-
 deutet dies für viele der Weg in die Obdachlosigkeit, ille-
 galer Arbeit oder Prostitution.

Und die deutsche Bundesregierung?

Berlin hat angekündigt 300 Menschen aufnehmen zu
 wollen - Thüringen will weitere 500 unbegleitete Ge-
 flüchtete aufnehmen. Alles scheitert an einer Person:
 Horst Seehofer. Sein Vetorecht zu den Landesaufnahme-
 programmen begründet er dabei mit einem „bundes-
 einheitlichen Handeln“. Er verweist damit auf Paragraph
 23 des Aufenthaltsgesetzes, wonach das “Einvernehmen”
 des Ministeriums bei Landesaufnahmeprogrammen nö-

48 ben? Die Abschottungspolitik? Ein einheitliches inhumanes
49 Vorgehen gegen Geflüchtete?

50

51 Der Fall Moria ist ein trauriger Höhepunkt einer seit Jahren
52 andauernden rassistischen Asylpolitik. Diese muss durch-
53 brochen werden.

54

55 Wir als Jusos bleiben dabei, dass Menschen die vor Krieg,
56 Hunger oder Verfolgung fliehen, selbstverständlich gehol-
57 fen werden muss. Menschen gehören nicht in eingezäun-
58 te Lager.

59

60 Wir fordern deshalb:

61

62 • dass der Bundesparteitag, die SPD-
63 Bundestagsfraktion sowie die SPD-
64 Regierungsmitglieder das Vorgehen des Bundes-
65 innenministers verurteilen und darauf hinwirken,
66 dass es den deutschen Bundesländern erlaubt wird,
67 Landesaufnahmeprogramme für die Geflüchteten
68 auf Lesbos aufzustellen.

69 • dass sich der Bundesparteitag, die SPD-
70 Bundestagsfraktion, die SPD-Regierungsmitglieder,
71 dafür einsetzen, auf eine gerechte und gleichmä-
72 ßige Verteilung der Geflüchteten hinzuwirken.
73 Gerade Deutschland muss mit seiner historischen
74 Verantwortung, die humanitäre Hilfe als Selbstver-
75 ständlichkeit begreifen und es als Pflicht ansehen,
76 notleidenden Menschen zu helfen

77 • die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament, den
78 Vorsitzenden des Rates für Allgemeine Angelegen-
79 heiten und deren sozialdemokratischen Mitgliedern
80 sowie die sozialdemokratischen Regierungen Euro-
81 pas auf, sich für eine sofortige Schließung Morias
82 und eine dezentrale Unterbringung der Geflüchte-
83 ten einzusetzen. Dass ein solches Lager überhaupt
84 in Europa existiert, kann wahrlich als Schande be-
85 zeichnet werden.

86 • die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament, den
87 Vorsitzenden des Rates für Allgemeine Angelegen-
88 heiten und deren sozialdemokratischen Mitgliedern
89 sowie die sozialdemokratischen Regierungen Euro-
90 pas auf, sich dafür einzusetzen, dass das europäi-
91 sche Asylrecht dahingehend umgestaltet wird, dass
92 bereits unbegleitete minderjährige Geflüchtete, die
93 sich im Asylprüfungsverfahren befinden, mit sofor-
94 tiger Wirkung ein oder beide Elternteile nachholen
95 dürfen. Zudem soll die Grundsatzentscheidung des
96 EuGHs von 2018 im gesamten EU-Gebiet 1:1 um-
97 gesetzt werden. Demnach dürfen unbegleitete Ge-
98 flüchtete ihre Eltern bei einem positiven Asylbe-
99 scheid nachholen. Dies gilt auch dann, wenn Sie
100 während ihres Asylverfahrens 18 Jahre alt werden.

tig ist, um die „Wahrung der Bundeseinheitlichkeit“ her-
zustellen. Zurecht bezeichnen viele Politiker*innen dieses
Vorgehen als Skandal. Denn was soll hier gewahrt blei-
ben? Die Abschottungspolitik? Ein einheitliches inhumanes
Vorgehen gegen Geflüchtete?

Der Fall Moria ist ein trauriger Höhepunkt einer seit Jahren
andauernden rassistischen Asylpolitik. Diese muss durch-
brochen werden.

Wir bleiben dabei, dass Menschen die vor Krieg, Hunger
oder Verfolgung fliehen, selbstverständlich geholfen wer-
den muss. Menschen gehören nicht in eingezäunte Lager.

Wir fordern deshalb:

• dass der **SPD Parteivorstand**, Bundesparteitag,
die SPD-Bundestagsfraktion sowie die SPD-
Regierungsmitglieder das Vorgehen des Bundes-
innenministers verurteilen und darauf hinwirken,
dass es den deutschen Bundesländern erlaubt wird,
Landesaufnahmeprogramme für die Geflüchteten
auf Lesbos aufzustellen.

• dass sich **SPD Parteivorstand**, die SPD-
Bundestagsfraktion, die SPD-Regierungsmitglieder,
dafür einsetzen, auf eine gerechte und gleichmä-
ßige Verteilung der Geflüchteten hinzuwirken.
Gerade Deutschland muss mit seiner historischen
Verantwortung, die humanitäre Hilfe als Selbstver-
ständlichkeit begreifen und es als Pflicht ansehen,
notleidenden Menschen zu helfen

• die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament, den
Vorsitzenden des Rates für Allgemeine Angelegen-
heiten und deren sozialdemokratischen Mitgliedern
sowie die sozialdemokratischen Regierungen Euro-
pas auf, sich für eine eine dezentrale Unterbringung
der Geflüchteten einzusetzen. Dass ein solches La-
ger überhaupt in Europa existiert, kann wahrlich als
Schande bezeichnet werden.

• die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament, den
Vorsitzenden des Rates für Allgemeine Angelegen-
heiten und deren sozialdemokratischen Mitgliedern
sowie die sozialdemokratischen Regierungen Euro-
pas auf, sich dafür einzusetzen, dass das europäi-
sche Asylrecht dahingehend umgestaltet wird, dass
bereits unbegleitete minderjährige Geflüchtete, die
sich im Asylprüfungsverfahren befinden, mit sofor-
tiger Wirkung ein oder beide Elternteile nachholen
dürfen. Zudem soll die Grundsatzentscheidung des
EuGHs von 2018 im gesamten EU-Gebiet 1:1 um-
gesetzt werden. Demnach dürfen unbegleitete Ge-
flüchtete ihre Eltern bei einem positiven Asylbe-
scheid nachholen. Dies gilt auch dann, wenn Sie
während ihres Asylverfahrens 18 Jahre alt werden.

101 Dieses Urteil wird bei weitem (z.T. nicht mal in
102 Deutschland) umgesetzt.
103 • dass eine PG Flucht & Migration der Jusos Berlin
104 eingesetzt wird. Die erwähnte rassistische Asylpo-
105 litik zu durchbrechen bedarf weiterhin intensiver
106 Arbeit. Dabei müssen wir stetig die Themen rund
107 um Flucht und Migration in der Gesellschaft thema-
108 tisieren, kampagnenfähig bleiben sowie Veranstal-
109 tungen und Aktionen weiterhin durchführen. Damit
110 der Landesvorstand sowie die Kreisverbände, gera-
111 de im Hinblick auf die anstehenden Wahlen entlas-
112 tetet werden können und gleichzeitig Mitglieder in
113 diese Arbeit noch stärker involviert werden können,
114 fordern wir die Einsetzung dieser PG. Es kann nicht
115 sein, dass wir dieses Gebiet den Rechten überlassen,
116 die es ständig für ihre widerliche Politik instrumen-
117 talisieren. Wenn wir einen Wandel der Gesellschaft
118 antreiben wollen, müssen wir weiterhin der Motor
119 sein!

Dieses Urteil wird bei weitem (z.T. nicht mal in
Deutschland) umgesetzt.

**Die Vorschläge der EU-Kommission für ein Migrations-
und Asylpaket lehnen wir ab.**